

5 2025

76. Jahrgang

K 7585 E  
€ 9,50 Einzelbezug  
ISSN 0513-9066

Verband Sonderpädagogik e.V.



# Zeitschrift für Heilpädagogik



## THEMEN IN DIESEM HEFT

**Digitale Mediennutzung  
von Jugendlichen und  
jungen Erwachsenen  
mit Down-Syndrom**

**Sportunterricht  
für alle!? –  
Anspruch und  
Wirklichkeit**

**Alles nur leere Worte? –  
Begriffsentwicklung im Kontext des  
Phänomens Lernbeeinträchtigung  
im Zeitraum 1994 bis 2022**

**Bildungs- und  
schulpolitische  
Diskussion in  
Bremen**

## Bildungs- und schulpolitische Diskussion in Bremen



**Stefanie Höfer**  
(Bundespressereferentin des vds) *im Interview*  
mit:

**Michael Evers**  
(Vorsitzender des vds Landesverbands Bremen)

**Achim Kaschub**  
(Vorsitzender der Schulleitungsvereinigung  
Bremen, SLV)

**Corinna Genzmer**  
(Vertreterin der GEW)



*Michael Evers*



*Achim Kaschub*



*Corinna Genzmer*

**Conny Melzer & Peter Wachtel** (zum Einstieg): Ein Bündnis aus 17 Interessensvertretungen, Initiativen und Verbänden eint die Sorge, dass die Bildung in Bremen in der derzeitigen Form nicht annähernd den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht wird. Die Beteiligten befürchten einen Kollaps, wenn nicht sehr zeitnah eine Änderung der Bedingungen erfolgt. Der Verband Sonderpädagogik e.V. agiert als Fachverband sowohl auf der Ebene der Vermittlung aktueller fachlicher als auch vor dem Hintergrund bildungs- und schulpolitischer Entwicklungen. Uns ist es als Schriftleitung sowohl Anliegen als auch Freude, in einem etwas anderem Format über bildungs- und schulpolitische Aktivitäten in unserem Mitgliedsverband Bremen mit den anderen Interessensvertretungen zu berichten. In diesem Sinne veröffentlichen wir das nachfolgende, ausführliche Interview, weil in diesem Zusammenhang einerseits differenziert die Hemmnisse inklusiver Bildung in einem Bundesland diskutiert werden. Andererseits ist aus unserer Sicht bemerkenswert, dass Kräfte und Vorstellungen verschiedener Fachverbände und Organisationen dezidiert gebündelt werden, um die aufgezeigten Missstände zu überwinden und Inklusion qualitativ hochwertig umzusetzen. Der vds unterstützt die Prozesse vor Ort und mischt sich ein!

Jedes Bundesland wird mit spezifischen Herausforderungen im Kontext der inklusiven Bildung konfrontiert. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in unserem Land unzufriedenstellend ist. Es braucht mehr Einsatz und mehr Widerstand – gerade in Zeiten von Verunsicherungen, Disruptionen und Krisen.

Wir rufen zu weiteren Verbänden, Stellungnahmen und Kommentaren – und vor allem Handlungen – auf, um langfristig eine demokratische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten und somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe aller und insbesondere des Personenkreises mit spezifischen, sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfen zu leisten. Wir sehen unseren fachlichen Beitrag darin, vor allem Wege und Formen der Unterstützung von Entwicklungsbedarfen in einer weit gefassten inklusiven Bildung für alle aufzuzeigen.

**Stefanie Höfer** (vds): *Welche Hauptanliegen und Sorgen vereinen das Bündnis in Bezug auf die Bremer Bildung?*

Corinna Genzmer (GEW): Die Umsetzung der inklusiven Schule erfordert in hohem Maße Anstrengungen seitens der Politik, der Gesellschaft, der Eltern und aller Mitarbeitenden in den Schulen. Die strukturellen Voraussetzungen sind im Bildungsressort geschaffen worden, jedoch müssen ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um die Grundabsicherung zu schaffen und die Qualität der pädagogischen Arbeit zu erhöhen. Dies scheitert aktuell an fehlendem Personal,

Raumkapazitäten, verbindlichen Kooperationszeiten der Multiprofessionellen Teams und an den fehlenden vertraglich vereinbarten Kooperationen der Ressorts. Gerade im Hinblick auf die Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ist die Ausstattung besonders in sozial schwierigen Lagen so gering, dass der Ganztagsbetrieb phasenweise reduziert wird. Die Herausforderungen, mit denen sich Kinder und Jugendliche heute auseinandersetzen müssen, bedarf jedoch einer qualifizierten Konzeptänderung im Angebot der Schulen.

**Achim Kaschub** (SLV): Bremen hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern besondere Herausforderungen im Bereich Bildung zu meistern. Der Anteil von Familien, die von besonderen finanziellen und sozialen Risiken wie Armut und/oder einem schlechten Bildungsstand betroffen sind, ist in Bremen eklatant höher als im Bundesdurchschnitt und deutlich höher als in den anderen Stadtstaaten und Berlin. Um dem schulisch zu begegnen, braucht es personelle und finanzielle Ressourcen. Diese sind derzeit nicht gegeben. Die finanziellen Ausgaben je Schüler sind in Bremen unverkennbar niedriger als in den anderen Stadtstaaten. Es bedarf aber seit Jahren einer solchen Erhöhung, damit Schule eine ausreichende Ausstattung erhält, die es ermöglicht, die zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Sozialisierung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Dies ist erforderlich, um so kompensatorisch auf die sozialen und finanziellen Defizite in den Herkunftsfamilien einzuwirken und damit Chancengleichheit auch nur annähernd herstellen zu können. Zudem wächst seit Jahren die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Bremen deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt und noch stärker angewachsen ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die einen Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung haben.

**Michael Evers** (vds): Angesichts der knappen finanziellen Ressourcen bei wachsenden Herausforderungen wird die Frage immer lauter gestellt, ob noch alle Ziele des Bremer Bildungssystems umsetzbar sind. Erste Stimmen fordern beispielweise eine Abwägung zwischen Ganztagsausbau und Inklusion. Eine solche Diskussion gefährdet unseres Erachtens Bildungsgerechtigkeit und – mehr noch – demokratische Werte. Gerade in der aktuellen politischen Lage brauchen wir eine starke inklusive Bildung, die Toleranz, Respekt und Vielfalt fördert. Diese Werte sind entscheidend, um eine demokratische Gesellschaft zu erhalten. Wir dürfen bei diesen Zielen keine Kompromisse eingehen, sondern müssen sowohl Ganztagsangebote als auch Inklusion fördern. Aus Sicht des vds sind dabei die Kinder und Jugendlichen mit besonderen Bedarfen in den Fokus zu nehmen. Wir sehen deutlich die Gefahr, dass angesichts knapper Kassen die Bildungsangebote für diese Schülerinnen und Schüler durch personelle Einsparungen oder Einsparungen bei der Umsetzung barrierefreier Schulgebäude als erstes gekürzt werden. Angesichts sol-

cher Entwicklungen braucht Bildung dringend eine Verantwortungsübernahme auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, um den Herausforderungen des Bremer Bildungssystems überhaupt noch begegnen zu können.

**Stefanie Höfer (vds):** *Warum befürchten Sie einen Kollaps des Bildungssystems, wenn nicht zeitnah Änderungen erfolgen?*

**Achim Kaschub (SLV):** Den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen und dem Anstieg der besonderen Bedarfe wird in Bremen seit Jahren nicht annähernd Rechnung getragen, obwohl die Not allgemein bekannt ist. Es gibt kein tragfähiges, finanziell hinterlegtes Schulausbaukonzept. In der Bremer Landespolitik ist nicht zu erkennen, dass auf Bildung ein Fokus gesetzt wird. Entscheidungen werden nicht getroffen, so dass alle verfügbaren räumlichen und personellen Kapazitäten in den Schulen bereits jetzt ausgeschöpft sind und derzeit keine weiteren geschaffen werden. Wenn diesem Stillstand nicht sofort mit aller Kraft entgegnet wird, dann haben wir in den Grundschulen und in den weiterführenden Schulen allein räumlich nicht ausreichend Schulplätze zur Verfügung. Wir gehen mit offenen Augen einer Katastrophe entgegen.

**Michael Evers (vds):** Bei immer mehr Kindern und Jugendlichen sehen wir individuelle Problemlagen, z. B. durch psychische Belastungen oder prekäre Lebenssituationen, auf die Schule allein keine Antworten geben kann. Wir brauchen dringend Kooperationen mit außerschulischen Unterstützungssystemen und eine deutlich breite Multiprofessionalität in Bildung. Schulen müssen zu sicheren, verlässlichen, erreichbaren und in jeglicher Hinsicht barrierefreien Orten für alle Schülerinnen und Schüler werden, in denen sie individuelle zugeschnittene Hilfe, Unterstützung, Förderung und Lernzugänge finden. Wenn uns dies nicht gelingt, werden wir eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen nicht nur im Bereich Bildung, sondern auch gesellschaftlich verlieren. Wenn es uns nicht gelingt, Bildung in Bremen nachhaltig zu verändern, ist die soziale Verantwortung als zentraler Wert unserer Demokratie stark gefährdet.

**Corinna Genzmer (GEW):** Wir können die Teilhabe an Bildung und Gesellschaft für immer mehr Kinder und Jugendliche nicht mehr sichern. Steigende Zahlen bei Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss, nicht kurzfristig zur Verfügung stehende außerschulische Hilfesysteme, um gemeinsam ressortübergreifend bei Krisen zu begleiten, steigende Schülerzahlen, fehlende Fachkräfte und Räumlichkeiten führen zur Überforderung der Mitarbeitenden.

**Stefanie Höfer (vds):** *Welche Rolle spielt das Zusammenwirken aller Ressorts und politisch Handelnden bei der Bewältigung der Herausforderungen im Bremer Bildungssystem?*

**Michael Evers (vds):** Bereits jetzt gibt es Verantwortlichkeiten, die nicht allein in der Zuständigkeit des Ressorts Bildung liegen. Nehmen wir das Beispiel Schulbau. Die Verantwortung für die Schulstandortplanung liegt im Ressort Bildung. Den eigentlichen Schulbau verantworten jedoch Institutionen, die dem Ressort Finanzen unterstehen. Es bedarf also bereits jetzt konkreter Abstimmungsprozesse, um der Misere fehlender Schulplätze nachhaltig zu begegnen. Das gelingt nur, wenn beide Seiten an einem tragfähigen und auch langfristig wirksamen Konsens arbeiten. Aktuell scheint aber das Interesse, zwischen differenten Zielen der Ressorts einen Kompromiss zu finden, sehr gering zu sein. Ein anderes Beispiel ist die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit individuellen Problemlagen oder Bedarfen an sonderpädagogischer Unterstützung. Sie sind für ihre Entwicklung auch auf außerschulische Unterstützungssysteme angewiesen. Allein durch den Ganztagsausbau können z. B. Therapieangebote nicht mehr wie gewohnt am Nachmittag genutzt werden. Es braucht somit zwingend ein Zusammenwirken der Institutionen von Bildung, Soziales und Gesundheit, um die außerschulischen Unterstützungssysteme neu zu organisieren.

**Corinna Genzmer (GEW):** Die Pandemie hat mit einem Brennglas die teilweise schon davor bestehenden alltäglichen Herausforderungen von vielen Bremer Kindern und Jugendlichen aufgezeigt. So z. B. gibt es in deren Bildungs- und Lebensbiografien zu viele Brüche bzw. ein Nebeneinander-Agieren verschiedener Systeme. Durch eine engere Zusammenarbeit der Ressorts, ausgehend von den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen, könnten hingegen ganzheitliche und somit nachhaltigere Lösungen gefunden werden.

**Achim Kaschub (SLV):** Mit dem räumlichen Mangel geht gleichzeitig sowohl ein personeller als auch ein struktureller Mangel einher. Um Kapazitäten sehr zeitnah erweitern zu können, braucht es Vorlauf. Mobile Lösungen für zusätzliche Klassen – und auch das können nur Notlösungen sein – sind nicht sofort auf eine Fläche zu bringen, selbst wenn sie auf dem Markt verfügbar sind. Da bedarf es der Absprache der Ressorts untereinander. Dies betrifft nicht zuletzt die Finanzierung des hier unausweichlichen Schulausbaus angesichts der klammen Kassen, die in Bremen vorzufinden sind. Zudem bleibt festzuhalten, dass die Bremer Bildungsmisere eigentlich das Symptom einer Armutsmisere ist. Den Risiken angemessen zu begegnen, die sich aus Armut und sozialer Benachteiligung ergeben, muss endlich eine Schwerpunktaufgabe aller politisch Handelnden werden. Unterbleibt dies weiterhin, können sich Mitarbeitende in den Bremer Schulen anstrengen, wie sie wollen. Das Grundproblem, dass es in Bremen einen viel höheren Anteil an Schülerinnen und Schüler gibt, die von Bildung und Schule kaum noch oder nicht mehr erreicht werden, wird dadurch nicht gelöst. Wir bemerken bereits jetzt, dass der Großteil der Mitarbeitenden in den Schulen über die persönliche Belastungsgrenze hinaus arbeitet. Das ist nicht länger hinnehmbar.

**Stefanie Höfer (vds):** *Wie wichtig ist ein klares Bekenntnis zur Inklusion und Bildung auf allen gesellschaftlichen Ebenen für das Gelingen dieser Ziele?*

**Corinna Genzmer (GEW):** Inklusion nur in der Schule zu leben, bedeutet, Diversität als Ressource der Gesellschaft zu vergeuden.

**Achim Kaschub (SLV):** Inklusion ist sowohl im gesellschaftlichen Leben als auch als Voraussetzung in Bildung unersetzlich, um Vielfalt anzuerkennen und wertschätzen zu können. Inklusion ist Voraussetzung, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Nur durch die Umsetzung von Inklusion kann es gesellschaftlich gelingen, Werte wie Toleranz, Offenheit und letztlich nichts Geringeres als ein friedvolles Miteinander zu etablieren. Das klingt naiv, ist es aber nicht, denn friedvoll hat nichts mit konfliktfrei zu tun. Inklusion ist nicht naiv.

**Michael Evers (vds):** Die Herausforderungen im Bereich Bildung kann man auch als Symptom gesamtgesellschaftlicher Veränderungen sehen. Pandemie, Klimawandel, Zuwanderung, (Wirtschafts-)Kriege, Veränderungen des Parteienspektrums, etc. sind Entwicklungen, die Menschen nicht nur Sorgen bereiten, sondern die Gesellschaft nachhaltig verändern. Insofern sprechen wir nicht von einem isolierten Problem im Bereich Bildung. Das macht auch klar, dass Bildung allein keine Antworten zur Lösung entwickeln und anbieten kann. Daher braucht es das Engagement auf allen gesellschaftlichen Ebenen, denn nur dadurch kann es uns gelingen Demokratie zu erhalten, mit Leben zu füllen und weiterzuentwickeln. Das gilt ebenso für Inklusion, die – dies als Verweis auf die Regensburger Erklärung des Verbands Sonderpädagogik e.V. – untrennbar mit Demokratie verbunden ist.

**Stefanie Höfer (vds):** *Welche spezifischen Defizite sehen Sie in der aktuellen Umsetzung der Inklusionsziele?*

**Achim Kaschub (SLV):** Inklusive Ansätze sind nur im Bereich Schule sichtbar. In allen anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen spielt Inklusion gegenwärtig nur eine marginale Rolle. Das hat Auswirkun-

gen auf die allgemeine Akzeptanz. Schulisches Bemühen kann ohne eine gemeinsam getragene Verantwortung nicht nachhaltig wirken. Die Verschiebung der Werteordnung, die wir besonders anhand des Erstarkens rechtspopulistischer politischer Kräfte beobachten können, zeigt deutlich den Handlungsbedarf und die Notwendigkeit eines Umdenkens. Im Bereich Schule mangelt es nicht am Willen, Inklusion umzusetzen, sondern deutlich an Ressourcen. Hier ist vor allem die Ressource Zeit zu nennen. Inklusion lebt von Kooperation, Absprachen, Austausch und gemeinsamem Wissen der Beteiligten. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn Zeit dafür verfügbar ist.

**Michael Evers** (vds): Mit Einführung der Inklusion wurden durchaus Strukturen geschaffen, die eine qualitativ hochwertige Umsetzung von Inklusion ermöglicht hätten. In der aktuellen Situation greifen diese Strukturen aber nicht mehr. Die Gründe dafür sind vielfältig: eine anwachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, Raumnot in den Schulen, Fachkräftemangel, zunehmende soziale Unterschiede zwischen Stadtteilen usw. Auch die Auswirkungen dieser Entwicklung sind vielfältig: Wegfall von (sonder-)pädagogischen Förderangeboten zugunsten der Grundversorgung aller Schülerinnen und Schüler, Reduktion von Schulzeiten für Schülerinnen und Schüler aufgrund fehlender Schulbegleitung, große Unterschiede zwischen Schulen hinsichtlich der Quote von Schülerinnen und Schülern mit (sonder-)pädagogischen Bedarfen, kurzfristige Schaffung von Schulplätzen für Schülerinnen und Schüler mit hohen Bedarfen an sonderpädagogischer Unterstützung an Schulen, die dafür baulich und konzeptionell nicht vorbereitet sind, usw. Zusammenfassend sehen wir gerade, dass die Umsetzung von Inklusion immer häufiger scheitert. In den Schulen selbst nehmen wir größtenteils noch eine positive Haltung gegenüber Inklusion wahr, darüber hinaus ist aber gegenüber Inklusion eine zunehmende Skepsis bzw. sogar Ablehnung wahrnehmbar.

**Corinna Genzmer** (GEW): Die derzeitigen und zu erwartenden Herausforderungen, vor denen das Bremer Bildungssystem steht, machen es erforderlich, umgehend zu gemeinsamer Verantwortung zu kommen und für auskömmliche Ressourcen einzutreten. Nur so kann es uns gelingen, eine gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit zu retten.

**Stefanie Höfer** (vds): *Inwiefern beeinflussen die sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Herausforderungen, wie die hohe Armutsquote, die Bildungslandschaft in Bremen?*

**Corinna Genzmer** (GEW): Jedes zweite Bremer Kind oder Jugendliche ist von Armut betroffen. Oft gibt es in bestimmten Stadtteilen eine Häufung, dies hat unmittelbare Auswirkungen auf das Schulleben. Grundbedürfnisse der Kinder- und Jugendlichen sind nicht befriedigt. Lernen im Unterricht ist dann nicht möglich. Sprachbarrieren, fehlende Unterstützung für schulische Belange, fehlende Bezugspersonen mit ausreichender Zeit für Begleitung, existenzielle Probleme der Eltern oder Radikalisierung stellen einige Probleme dar. Immer mehr Kinder und Jugendliche haben komorbide Problemlagen, denen in Schule und den anderen Lebensbereichen begegnet werden muss. Dies steht in Bremen im engen Zusammenhang mit der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Lage der Familien und führt zu ungleichen Bildungschancen.

**Achim Kaschub** (SLV): Diese Herausforderungen sind die Hauptsorgen der Bündnispartner. Bildung in Bremen ist nur dann erfolgreich, wenn die „Abgehängten“ bzw. die Schülerinnen und Schüler, die sich in und durch Schule entfremdet fühlen, mitgenommen werden. Bremen hat im Bundesvergleich kein Problem bei den privilegierten Kindern und Jugendlichen. Diesem schon seit Veröffentlichung der ersten PISA-Studie bekannte Umstand vor 20 Jahren muss endlich Rechnung getragen werden.

**Michael Evers** (vds): Zur Schulleiterversammlung ist mit Blick auf Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfen zu ergänzen, dass sich die sozio-ökonomische Lage von Familien durch die Pflege- bzw. Betreuungsbedarfe ihrer Kinder häufig noch verschärft. Gesellschaftlich müssen wir also im Blick behalten, dass wir nicht nur Kindern mit Unterstützungsbedarfen passende Zugänge zu Bildung anbieten, sondern wir müssen auch darauf achten, dass wir ihre Familien nicht „verlieren“.

**Stefanie Höfer** (vds): *Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um zu gemeinsamer Verantwortung zu kommen und für auskömmliche Ressourcen einzutreten? Wie können gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit in Bremen gerettet werden?*

**Achim Kaschub** (SLV): Fakt in Bremen ist, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen von mehreren Ressorts bedient werden. Das führt zu Doppelstrukturen, die eine effiziente, passgenaue Konzeption von etwaigen Hilfe- und Unterstützungsmaßnahmen negativ beeinträchtigen. Eine ausreichende individuelle Förderung erfordert, dass eine Unterscheidung „nach Tageszeit“ unterbleibt. Schülerinnen und Schüler sind immer auch Kinder und Jugendliche, unabhängig davon, wo sie sich gerade befinden, ob in der Schule, im Sportverein, beim Arzt oder in der Freizeit. Es geht um eine ganzheitliche Betrachtung ihrer Person. Eine angemessene Wertschätzung der Interessen von jungen Menschen führt zu einer Ausweitung ihrer Rahmenbedingungen. Gemessen an der gesellschaftlichen Bedeutung besitzt diese Personengruppe eine viel zu geringe Lobby.

**Corinna Genzmer** (GEW): Verbindliche Kooperationsvereinbarungen der Ressorts, ausreichende Finanzierung in Bildung, Gesundheit und Soziales gerade im Hinblick auf Angebote für Kinder und Jugendliche, Schaffung von Rahmenbedingungen für gelingende Inklusion in der Schule. Wenn Bundesmittel für Bildung fließen, darf nicht nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet werden. Bremen hat eine viel höhere Belastung durch Armutsfaktoren und benötigt deshalb auch einen solidarischen Blick bei der Verteilung der Mittel.

**Michael Evers** (vds): Zentral sind zwei Aspekte: zum einen die von der Schulleiterversammlung benannte Notwendigkeit, Synergien bei den Unterstützungsmaßnahmen für Kinder der unterschiedlichen Ressorts zu schaffen. Dazu bedarf es zwingend einer anderen Sichtweise – weg von der Frage der Zuständigkeit, hin zu einer Fokussierung darauf, zielführende Hilfen durch Zusammenwirken zum Kind zu bringen. Zum anderen braucht es in den Schulen Zeit, pädagogische Konzeptionen an die veränderten Bedarfe der jeweiligen Schülerschaft anzupassen. Bremen bemüht sich um Qualitätsverbesserung im Bildungssystem. Aktuell versucht man dabei aber eher durch kleinere Eingriffe an einzelnen Schrauben das bestehende System zu verbessern. Angesichts der schon dargestellten vielfältigen Herausforderungen braucht es jedoch Zeit, bestehende Konzepte zu hinterfragen und möglicherweise komplett zu verändern.

**Stefanie Höfer** (vds): *Gemeinsam haben die Interessenvertretungen und Verbände mit eigenen Positionspapieren zur aktuellen Situation im Bildungsbereich im Land Bremen Stellung genommen und u. a. die Einrichtung eines „Runden Tisches Bildung“ gefordert.*

**Michael Evers** (vds) & **Achim Kaschub** (SLV): Was derzeit in Bremen gelungen ist, gab es so noch nie. Inzwischen haben sich 18 Verbände, Interessensvertretungen und Initiativen dem Bündnis angeschlossen, damit die politische Verantwortung auf alle Personen, die auch Entscheidungen treffen können, verteilt wird. 18 Bündnispartner halten ein „Weiter so“ für nicht tragbar. Ideologische „Mauern“ unter den Bündnispartnern, die eine gemeinsame Kooperation zuvor verhindert haben, sind aufgebrochen, da die Notwendigkeit eines sofortigen Handelns dies erfordert. Bremen steht vor einem Desaster und nur gemeinsame politische Anstrengungen können dies noch verhindern.

**Stefanie Höfer (vds):** Im März 2025 fanden aus dem Bildungsressort heraus organisiert zwei „Runde Tische Bildung“ statt. Von den ursprünglichen Initiatoren wurden jedoch viele gar nicht eingeladen und es hagelte Kritik – insbesondere von Ihren Vertretungen – an der Besetzung. Wo liegen die Gründe für Ihre Kritik? Wie bewerten Sie die Tatsache, dass viele Initiatoren des Runden Tisches nicht eingeladen wurden, einschließlich des Bürgermeisters und des Finanzsenators?

**Achim Kaschub (SLV):** Der bildungsinterne Runde Tisch ist eine Alibiveranstaltung, um auf den medialen Druck, den die Bündnispartner erzeugt haben, reagieren zu können. Dieses aus der Not heraus gegründete Gremium hat keinerlei Entscheidungsgewalt und kann aus diesem Grund allenfalls nur Empfehlungen formulieren, die auch nur ein-dimensional aus dem Ressort Bildung benannt werden. Wichtig ist, dass Bildung in Bremen zur Chefsache wird. Es ist kontraproduktiv, wenn sich der Bürgermeister und die anderen Ressorts aus der Verantwortung nehmen. Dass die Schulleitungsvereinigung nicht eingeladen ist, ist nicht so bedeutsam, wenn alle politisch Verantwortlichen zusammensitzen.

**Corinna Genzmer (GEW):** In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass durch das Zusammenwirken gerade mit Fürsprache des Bürgermeisters Probleme angenommen, konstruktive Lösungen gefunden wurden und diese dann umgesetzt werden konnten. Durch diese Initiative existieren in der Stadt Bremen 25 Temporäre Lerngruppen, bevorzugt in Stadtteilen mit sozial-prekärer Lage. Im Zusammenhang mit der Aussprache zwischen den Beteiligten des Bündnisses hat Prof. Dr. Stephan Ellinger

(Universität Würzburg) einen Impulsvortrag unter dem Titel: „Nachhaltig benachteiligt: Wie Armut Schule macht!“ gehalten.

**Michael Evers (vds).** Wir haben in der Initiative zentrale Forderungen:

- Die Beteiligung von Bürgermeister, Finanzsenator, Gesundheits senatorin und Sozialsenatorin ist entscheidend für eine sinnvolle Debatte über die Bildung in Bremen.
- Es müssen effektivere Strukturen über die Grenzen einzelner Ressorts hinweg geschaffen werden, damit alle Schülerinnen und Schüler die notwendigen Unterstützungen und Hilfen erhalten
- Wir erwarten konkrete Schritte vom Bremer Senat und den politischen Verantwortlichen, um die Bildungssituation zu verbessern.
- Die politischen Verantwortlichen müssen sicherstellen, dass die Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler in Bremen besser berücksichtigt werden.

**Conny Melzer & Peter Wachtel (vds, Schriftleitung):** Wir danken den Interviewpartnerinnen und -partnern für die schonungslose Offenheit. Am Ende wurde von einem Vortrag berichtet. Wir greifen dies auf und führen dieses Interview mit Stephan Ellinger in der Rubrik vds fragt fort.

### Bildbeschreibungen

Bilder Seite 213

Die Bilder zeigen von links die Gesichter von Stefanie Höfer, Achim Kaschub, Michael Evers und Corinna Genzmer.

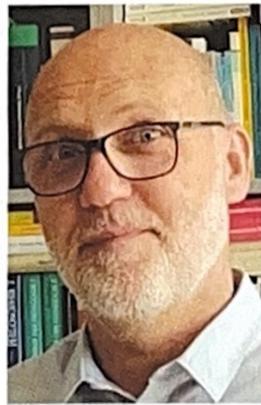
## vds fragt



**Peter Wachtel**  
(Schriftleitung Verband  
Sonderpädagogik e.V.)

im Gespräch mit

**Stephan Ellinger**  
(Professor für  
Pädagogik bei Lern-  
beeinträchtigungen)



**Peter Wachtel (vds):** Stephan, Du beschäftigst dich schon sehr lange mit dem Themenbereich Bildungsgerechtigkeit, Benachteiligung und Armut. Weshalb akzentuierst Du Deine Arbeit als Professor im Bereich Pädagogik und Didaktik bei Lernbeeinträchtigungen mit diesem Thema?

**Stephan Ellinger (Universität Würzburg):** In den 1960er Jahren gerieten die Bildungssoziologen Helmut Schelsky und Ralf Dahrendorf in eine spannende Auseinandersetzung bezüglich der Frage, wer in der Schule was zu bringen bzw. zu leisten habe. Während Schelsky einen Sachverhalt beschrieb, der heute noch als Bringschuld der Schülerinnen und Schüler beschrieben wird, forderte Dahrendorf, von der Holschuld der Schule auszugehen. Im Kern geht es um die Feststellung, dass Schule, Bildungssystem – und eigentlich die Gesellschaft – mehr tun sollte, um Kindern, die abseits vom Mainstream aufwachsen, einen erfolgreichen Schulbesuch zu ermöglichen. Der stärkste Prädiktor für einen erfolgreichen Schulbesuch ist in Deutschland erschreckenderweise nicht Intelligenz, Interesse, Begabung oder Fleiß, sondern rein statistisch betrachtet schlicht der Sozialstatus des Elternhauses.

**Peter Wachtel:** Letztes Jahr hast Du gemeinsam mit Lukas Kleinbenz in der Zeitschrift „Menschen“ einen Beitrag mit dem Thema „Nachhaltig benachteiligt“ veröffentlicht. Was waren Eure Kernaussagen?

**Stephan Ellinger:** Wir haben versucht zu beschreiben, wie eben dieser Einfluss des Sozialisationshintergrunds und die verbreitete Vorstellung einer Bringschuld der Kinder dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler, die abseits des gesellschaftlichen Mainstreams aufwachsen, zum Teil hochmotiviert und freudig in die Schule kommen – aber dann binnen kurzer Zeit merken, dass sie hier falsch sind und schließlich innerlich kündigen. Es geht uns nicht darum, entweder den Kindern oder den Lehrkräften die Verantwortung für die regelmäßige Feststellung der Bildungsberichte alle zwei Jahre zu geben, dass es eine signifikante Abhängigkeit zwischen sozialer Lage und Schulerfolg gibt. Es geht uns darum hinzuschauen, was dort in der Schule schief läuft, wenn Menschen aus unterschiedlichen Lebensstilgruppen aufeinandertreffen.

**Peter Wachtel:** In Anbetracht Deiner langjährigen Beschäftigung mit dem Thema: Was wäre pointiert Deine aktuelle Forschungs-erkenntnis?

**Stephan Ellinger:** Lass es mich in Form von sechs Thesen formulieren:

- Die Frage, wie Kinderarmut und soziale Deprivation zum mangelhaften Schulerfolg führen, ist letztendlich nicht geklärt. Macht Armut wirklich dumm?
- In den einzelnen Bundesländern entscheidet nach wie vor die „natale Lotterie“ – also der Zufall, in welche Familie ein Kind hineingeboren wurde – über den Bildungserfolg jedes Kindes. Davon zeugt der regelmäßige Bildungsbericht zuverlässig.
- Die Bildungsverantwortlichen geben sich landauf landab Mühe, den Eindruck zu erwecken, als habe es jedes Kind selbst in der Hand, durch Leistung und Intelligenz eine erfolgreiche Schullaufbahn zu erleben.
- Unverdient privilegierte Kinder und unverschuldet benachteiligte Kinder glauben am Ende beide daran, dass sie das Ergebnis ihrer Schulzeit bzw. ihres Bildungsgangs „verdient“ haben: Die einen glauben an ihren Einsatz und ihre Begabung, die anderen an ihr Versagen und ihre Inkompetenz.